57. Jahrgang. № 118. Mittwoch, 30. April 1913

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile aus Textseite 50 Pf., auf gesteuerte Seite 1,50 M. Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 20 Pf., in Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Taffet-Bänder Qualität „Ideal". enorme Haltbarkeit, billigst! Seidenhaus Carl Schneider Altmarkt 8.

RAUM KUNST „Raumkunst" Dresden-A., Viktoriastraße 5/7 Billige Brautausstattungen.

Dresdner Feldschlösschen-Lager bleibt unübertroffen!

VW naturreine Weine Vereinigte Weingutsbesitzer Weinhandlung, Sektkellerei, G. m. b. H., Coblenz an Rhein und Mosel, VW naturreine Weine
hervorragend, sehr preiswert, äußerst bekömmlich. ▫ Telephon 9395. ▫ Filiale: Dresden-A., Breitestraße 6 mit Probierstube. ▫ Telephon 9395. ▫ hervorragend, sehr preiswert, äußerst bekömmlich.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Keine Aenderung, schwache Gewitterneigung.

In Wien wurde von berufener Seite mitgeteilt, daß Oesterreich-Ungarn selbständig vorgehen werde, um die Räumung Skutaris zu erzwingen; die erforderlichen militärischen Maßnahmen an der montenegrinischen und serbischen Grenze sind getroffen.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß die Balkanverbündeten Oesterreich-Ungarn gemeinsam gegenübertreten würden, und zwar selbst dann, wenn Oesterreich im Auftrage der Großmächte handeln sollte.

In Rom glaubt man nicht, daß der König von Montenegro nachgeben wird, ebensowenig aber glaubt man, daß Rußland die Montenegriner militärisch unterstützen wird.

Der Rechnungsabschluß der Stadt Dresden auf das Jahr 1912 ergibt bei dem städtischen Haushalt einen Ueberschuß von 2229595 Mk. und bei der evangelischen Schulgemeinde einen Ueberschuß von 535240 Mk.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte gestern nachmittag ihre Beratungen über die Wehrvorlage fort und nahm verschiedene Positionen an.

Zwischen der sächsischen und der preußischen Regierung schweben zurzeit Verhandlungen zwecks Schaffung eines einheitlichen Gütertarifs.

Der preußische Kultusminister gab im Herrenhause Aufschluß über die Beschwerden Anton von Werners in der Ausstellungsangelegenheit.

Die Krisen in Portugal.

Mit dem Beginn der republikanischen Regierungsform in Portugal sollte nach den Versicherungen der Väter der Republik für das portugiesische Volk eine Zeit der Ruhe, der Entwicklung und des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwunges beginnen. Alle Mißwirtschaft, die, so sagte man, bisher bestanden, sollte ein Ende haben. Seitdem sind eine Reihe von Jahren ins Land gegangen, ohne Erfüllung einer einzigen der vielen Verheißungen. Portugal gehört heute zu denjenigen europäischen Staaten, die ständig von inneren Krisen arg durchrüttelt werden. Die wiederholten Putschversuche in den letzten Wochen und Monaten erwiesen die Gärung, die im Lande herrscht; auch die Vorgänge am letzten Sonntag in Lissabon, so unbedeutend sie an sich gewesen sind, waren nicht dazu angetan, die Ansicht zu befestigen, daß die Republik auf festen Füßen steht. Die Angriffe gegen die heutige Regierung in Portugal kommen in der Hauptsache von zwei Seiten: den radikalen Republikanern und den Monarchisten. Den ersteren ist die republikanische Regierung noch nicht republikanisch genug, die Monarchisten versuchen, allerdings mit unzulänglichen Mitteln, Propaganda für die Wiederherstellung des Königtums zu treiben. Von diesen beiden Seiten fühlt sich die Regierung bedrängt und fürchtet für ihren Fortbestand. Es liegt ihr deshalb daran, sich den Anschein zu geben, als sei sie eine treue Hüterin der Verfassung und der Republik. Um diesen Gedanken im Volke lebendig zu erhalten, scheut sie vor nichts zurück. Gegen die Monarchisten geht sie mit unnachsichtlicher Strenge vor und hat eine Herrschaft der Kriegsgerichte aufgerichtet, denen jeder verfällt, der mit monarchischen Ideen in irgendeiner Art nur in Berührung gekommen ist. Ein Prozeß, der soeben erst in Lissabon verhandelt wurde, ergab, daß sogar derjenige vor ein Kriegsgericht gestellt und abgeurteilt wird, der einen Brief erhält, dessen Absender aus seiner monarchischen Gesinnung kein Hehl macht. Diese Tatsache allein erhellt das Schreckensregiment, das die portugiesische Regierung gegen alle Feinde der Republik führt. Durch die Härten glaubt die Regierung, die Monarchisten einzuschüchtern und den radikalen Republikanern zu imponieren. Der Putsch am letzten Sonntag, der von der Regierung als eine ganz gefährliche Aktion zum Sturz der Republik hingestellt worden ist, gewinnt unter dem Gesichtswinkel, daß der Regierung jedes Mittel recht sein muß, um sich am Ruder halten zu können, ein ganz eigenartiges Bild. Zunächst ist die Tatsache auffällig, daß die Regierung, die sonst bei monarchistischen Umtrieben alle Berichte einer korrekten Berichterstattung, einen wahrheitsgetreuen Bericht dem Auslande zu übermitteln, verhindert, in den amtlichen Depeschen am Sonntag selbst erklärte, daß die Regierung durch militärische Maßnahmen die Republik „verteidigt" habe. Die gleiche Erklärung gab der Ministerpräsident Costa am Montag in der Kammer ab mit dem Hinzufügen, die Regierung habe alle Anstifter der Bewegung gekannt, sie sei jedoch nur deshalb nicht eingeschritten, damit man die verbrecherischen, dem Vaterland und der Republik feindlichen Absichten deutlich sehen könne. Das heißt an die Adresse der radikalen Heißsporne gerichtet: Ihr seht, die Regierung ist wachsam und unterdrückt rechtzeitig jede antirepublikanische Bewegung. Ihr könnt Euch auf uns verlassen. Die Regierung hat denn auch sofort in der Kammer und im Senat das Vertrauensvotum erhalten. All diese Vorgänge am Sonntag und Montag haben sich mit solcher merkwürdiger Exaktheit abgespielt, daß der Gedanke nicht von der Hand zu weisen ist, es handele sich bei der Demonstration am Sonntag um bestellte Arbeit der Regierung, zu dem gleichen Zwecke, den Radikalen das Wasser abzugraben, ihnen Achtung vor der Regierung abzunötigen und sich somit selbst bequemer im warmen Nest festzunisten.

Dieser Gedanke gewinnt an Boden, wenn man sich die Stellung der Regierung und die Mißwirtschaft vor Augen hält, die von den republikanischen Machthabern im Lande getrieben wird. Der radikale Jakobiner Affonso Costa ist Ende Dezember vorigen Jahres mit der Bildung des jetzigen Kabinetts betraut worden. Costa trat sein Amt an, ohne sich auf irgendeine der Parteien stützen zu können. Sein Name bedeutete jedoch ein Programm. Er betätigte sich bereits im Jahre 1908 nach der Ermordung des Königs Carlos und des damaligen Kronprinzen als Lobredner des Königsmordes und spielte nach der Thronentsetzung König Mannels die Hauptrolle, war die Seele der neugeschaffenen antikirchlichen Gesetze und stürzte jedes Ministerium, das eine gemäßigte Richtung einschlug. Bei seinem Regierungsantritt am Ende des vorigen Jahres hegte man die schlimmsten Befürchtungen, die sich seither auch im vollsten Maße erfüllt haben. Er ist der Diktator des unglücklichen Landes, verfügt persönlich über wenig Anhänger, hält sich aber durch Gewaltstreiche. Seine Regierung hat sich mit allen Ständen überworfen. Die Beamtenschaft im Lande klagt über die Willkür der Regierung, die Interessen von Industrie und Handel sind unter Costa durch gesetzgeberische Maßnahmen geschädigt worden und die Landwirtschaft sieht ihren Untergang in einer neuen Grundsteuer, die sie zu enormen Abgaben zwingt. Die Steuerschraube ist im Lande aufs schärfste angezogen, ohne dem Lande den geringsten Nutzen zu bringen. Die Gelder werden nämlich nicht für kulturelle Aufgaben verwendet. Zahlreiche Schulen z. B. sind aus Geldmangel schon seit Monaten geschlossen, und für wirtschaftliche Aufgaben ist ebenfalls kein Geld vorhanden. Dagegen für politische Zwecke, für Spionage. Im In- und Auslande unterhält die Regierung Hunderte von Angebern, die sie über alle Maßnahmen der politischen Feinde unterrichten müssen. So fließen die Einnahmen des Landes durch zahlreiche Kanäle in die Taschen der heutigen Machthaber, und niemand wagt es aus den Kreisen der Gemäßigten, Einhalt zu gebieten, aus Furcht vor Costa, der jede Opposition aus diesen Kreisen heraus als monarchistischen Bestrebungen dienend ansieht und jeden ins Gefängnis bringt, der gegen die Regierung ein einziges Wort sagt. Die Justiz hat Costa vollständig in seinen Händen. Er hat es einzurichten gewußt, daß eine polizeiliche Kontrolle der Justizverwaltung geschaffen wurde, so daß bei Urteilen stets mit zweierlei Elle gemessen wird, je nachdem, wie Ankläger oder Angeklagter zur Regierung stehen. Die geringste Ursache, der Regierung feindliche Personen hinter Schloß und Riegel zu bringen, ist der Regierung recht. Die von der Regierung angekündigte Amnestie für politische Verbrechen wird ständig verschoben. Kürzlich wurde sie als nahe bevorstehend angezeigt. Da erschienen plötzlich Anklagen der Herzogin von Bedford über unerhörte Mißstände in den Gefängnissen. Sofort erklärte Costa, durch diese Beschuldigungen werde die Amnestie um Jahre vertagt. Diese Erklärung zeigt deutlich, daß es der Regierung nur recht ist, ihre Gegner so lange als möglich im Gefängnis festzuhalten, denn die Beschuldigungen über die Gefängnisse sind keineswegs neu. Ein republikanischer Journalist, der Costa politisch nahe steht, hat sie selbst einmal eine „Fabrik von Schwindsüchtigen und Wahnsinnigen" genannt.

Wenn sich unter diesen Verhältnissen in Portugal, wo der monarchistische Gedanke noch keineswegs erloschen ist, Empörung geltend macht, so ist es nicht verwunderlich. Costa fürchtet für seine Ministerpräsidentschaft und sucht eine Stütze bei den Radikalen. So ist die Möglichkeit nicht ganz von der Hand zu weisen, daß der Putsch von der Regierung vorbereitet war; das schließt natürlich nicht aus, daß bei den Unruhen in den letzten Tagen auch Strömungen sich ans Tageslicht gewagt haben, die den Ministerpräsidenten durch einen anderen ersetzen wollten, nach einer Lissabonner Meldung durch Magalhaes Lima. Für uns Deutsche sind die Vorgänge in Portugal nicht ohne Interesse. Es wird die Zeit kommen, wo wir mit Portugal wirtschaftliche Fragen zu regeln haben werden, um auch uns, gleich England, eine Interessensphäre in den portugiesischen Kolonien Afrikas zu schaffen. Auch die Regelung einiger rechtlicher Fragen, die die Güter der aufgelösten portugiesischen religiösen Orden betreffen, und bei denen Deutsche Rechtsansprüche erheben, steht noch bevor. Da ist es nicht uninteressant, die heutigen Machthaber der Republik zu kennzeichnen. Ein besonders interessantes Streiflicht wirft auf sie noch die Tatsache, daß Costa sich als Anhänger des Marxschen Sozialismus bekannt und die deutsche Sozialdemokratie als Beispiel für seine Landsleute gepriesen hat. In Anbetracht der Zustände in der Republik Portugal wirkt dieses Bekenntnis Costas besonders pikant.

Oesterreichs selbständiges Einschreiten.

Die noch im Abendblatt als Gerücht an der Wiener und Berliner Börse verzeichnete Meldung, daß Oesterreich nunmehr selbständig vorgehe, wird nunmehr von unserem Wiener Korrespondenten in folgender Form bestätigt:

Wien. Von berufener Seite erhalte ich die Mitteilung, daß Oesterreich nunmehr selbständig vorgehe, um die Räumung Skutaris herbeizuführen, nachdem am Montag eine Einigung auf der Londoner Botschafterkonferenz nicht zustande gekommen ist. Gegenwärtig findet ein reger Meinungsaustausch zwischen Wien und Rom statt. Die allernächste Zeit wird einen entscheidenden Schritt Oesterreichs bringen.

Es hat den Anschein, als ob Italien Oesterreichs Vorgehen unterstützen will. Oesterreichs Vorgehen erscheint gerechtfertigt, nachdem am Montag die Botschafterkonferenz die Anträge Oesterreichs nicht genehmigt hat. Oesterreichs Vorgehen scheint auch im Hinblick auf die Haltung Rußlands beschlossen worden zu sein. Der österreichisch-russische Gegensatz ist am Montag ziemlich deutlich zum Ausdruck gekommen. Zwar ist Rußland dafür, daß Skutari albanisch wird, doch will es in Maßnahmen gegen Montenegro nicht einwilligen. In diesem Augenblick ist auch folgende Meldung aus Rom von besonderem Werte:

Man hält es hier für möglich, daß die Türkei unter dem Einfluß Rußlands zur schleunigen Anerkennung des aus dem Pakt Rititas mit Essad Pascha hervorgegangenen autonomen Albanien schreiten und damit ein schwer wieder rückgängig zu machendes fait accompli schaffen könnte. Man ist überzeugt, daß Essad in vollem Einvernehmen mit Konstantinopel handelte, wo dem raffinierten Schachzug von Rußland vorgearbeitet worden war.

Da Essad Paschas Abmachungen dahin gehen sollen, daß Montenegro von Skutari den Taraboish und das Podgorica erhält und Albanien solange es unter Essad Pascha steht, Skutari verbleibt, so würde das Rußlands Wünschen vollkommen entsprechen. Skutari bleibt Albanien, steht aber unter Oberhoheit der Balkanstaaten. Diese Kombination befriedigt vollkommen die Balkanstaaten. Von diesem Gesichtspunkt aus wäre die zögernde Haltung Rußlands erklärlich. In Wien zeigt sich der Ernst der Situation im vollsten Maße. Im Einklang mit obiger Meldung unseres Wiener Korrespondenten hat das Wiener

Ministerium des Auswärtigen folgende Note

ausgegeben:

Bekanntlich hat sich Oesterreich-Ungarn für den Fall, daß die Großmächte sich nicht entschließen sollten, selbst die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit Montenegro Skutari aufgebe, vorbehalten, selbständig vorzugehen. Dieser Fall ist nunmehr eingetreten, nachdem eine Einigung der europäischen Mächte auf der gestrigen Botschafterkonferenz nicht zustande gekommen ist. Gegenwärtig findet ein reger Meinungsaustausch zwischen den Wiener und den römischen Kabinetten statt behufs gemeinsamen Vorgehens gegen Montenegro und Albanien. Wenn noch jetzt vielfach in der öffentlichen Meinung des Auslandes der Glaube verbreitet